

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4
Fernsprecher: Amt F 7 Jannowitz 6191

Berlin, den 3. September 1932

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Überwindung der Arbeitslosigkeit ist dringendstes Gebot der Stunde

Die kapitalistische Wirtschaft, die sich je länger desto mehr zur Mißwirtschaft ausgewachsen hat, ist am Ende ihres Lateins. In Europa (ohne Rußland), Amerika und Australien gibt es nicht weniger als 25 000 000 Arbeitslose, die in bitterstem Elend zum großen Teil schon seit Jahren leben, obwohl alles zum Leben Notwendige in ungeheurem Ueberfluß vorhanden ist und vielfach in Riesenmengen gewaltsam vernichtet wird. Ratlos stehen die Verfechter und ärgsten Verteidiger des kapitalistischen Systems dem sich in schweren Fieberkrämpfen windenden Wirtschaftsorganismus gegenüber. In ihrer Verzweiflung greifen sie nach Palliativmitteln, wie die deutsche Reichsregierung, die (wie bereits an dieser Stelle besprochen) ein Arbeitsbeschaffungsprogramm versucht, das von 6 Millionen Arbeitslosen höchstens 250 000 für einige Zeit Arbeit bringen kann. Daß das, wenn wirklich durchgeführt, nur ein Tropfen auf einen heißen Stein ist, hat die Reichsregierung inzwischen selbst eingesehen. Am Sonntag, dem 28. August, hat von Papen mit viel Pathos, aber wenig überzeugend, in Münster einer Versammlung der „Westfälischen Bauernvereine“ das neue wirtschafts- und finanzpolitische Programm vorgetragen, das sich die Reichsregierung mehr schlecht als recht zusammengestoppelt hat. Wir können heute nicht auf alle Einzelheiten dieser ungereimten Rede eingehen, zumal sie von Papen im Reichstage noch ausführlicher wiederholen will.

Nach dieser Rede „lehnt die Reichsregierung alle Eingriffe in die Sphäre der Privatwirtschaft ab“, obwohl der Bankrott der Privatwirtschaft doch zum mindesten schon seit dem Nordwolle- und Bankenzusammenbruch feststeht. Nach wie vor soll die Wirtschaft angekurbelt werden durch die einem Danaidenfaß gleichende Liebesgabenpolitik an die Industrie. Die Regierung will

„für Teile besonders produktionshemmender Steuern, wie der Umsatzsteuer, der Realsteuern, der Gewerbesteuer und der Beförderungssteuer, die in der Zeit vom 1. Oktober 1932 bis 1. Oktober 1933 fällig und gezahlt werden, Steueranrechnungsscheine geben, auf die in den Rechnungsjahren 1934 bis 1938 alle Reichssteuern, einschließlich der Zölle und Verbrauchssteuern, mit Ausnahme der Einkommensteuer, bezahlt werden können. Es wird sich hier um einen Betrag von etwa 1500 Millionen Mark handeln.“

Das heißt, die Regierung will den Unternehmern 1500 Millionen Mark Steuern schenken. Außerdem will die Reichsregierung

„einen Betrag von weiteren 700 Millionen Mark in Steueranrechnungsscheinen für solche Unternehmen zur Verfügung stellen, die nachweisen, daß sie mehr Arbeitskräfte als bisher beschäftigen. Für jeden Neueingestellten soll, aufs Jahr gerechnet, ein Betrag von 400 Mk. in Scheinen gegeben werden. Wird

dieser Betrag voll ausgenutzt, so werden 1½ Millionen Arbeiter mehr eingestellt werden können.“

Es sollen also noch einmal 700 Millionen, mithin insgesamt 2200 Millionen Mark neuer Liebesgaben dem Unternehmertum in den Rücken geworfen werden. Wie Herr von Papen das dadurch entstehende Riesenloch im Reichshaushalt ausstopfen will, hat er nicht verraten. Auch die Arbeiter werden mit einer „Liebesgabe“ bedacht. Der Unternehmer soll nämlich nicht nur die 400 Mk. pro mehr eingestellten Arbeiter erhalten, sondern

„man wird den Arbeitgeber ermächtigen, wenn er mehr Arbeitskräfte einstellt, den Tariflohn in einem gewissen genau umgrenzten Umfange, der nicht unter dem Existenzminimum liegen darf, zu unterschreiten, und zwar werden die Tariflöhne innerhalb dieser Grenzen in einem um so größeren Prozentsatz ermäßigt, je größer die Vermehrung der Belegschaft oder der Arbeiterschaft ist.“

Also in Wirklichkeit eine dritte Liebesgabe an die Unternehmer auf Kosten des Arbeitslohnes. Dieser Sorte Wirtschaftskurbelung stehen selbst bürgerliche Montagsblätter sehr skeptisch gegenüber. Das Papen-Programm dokumentiert aufs neue die Unfähigkeit des Kapitalismus, aus diesen Schwierigkeiten selbst wieder herauszufinden. Aus der Erkenntnis, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, durch Sozialisierung großer Zweige der Wirtschaft und durch eine Reihe Begleitmaßnahmen einen Umbau der Wirtschaft vorzunehmen und so wieder zu gesunden Verhältnissen zu kommen, sind das bereits im Juni d. J. aufgestellte Wirtschaftsprogramm der Gewerkschaften und die in Verbindung damit stehenden Anträge und Gesekentwürfe der SPD.-Reichstagsfraktion entstanden. Diese sind inzwischen im Wortlaut in der Tagespresse bekanntgegeben worden, und alle Kräfte von Gewerkschaften und Partei müssen sich nun mit aller Energie für ihre Durchführung einsetzen.

Für die Zeit des Ueberganges wird die gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden mit Zwang zur Einstellung von Arbeitern und Lohnausgleich gefordert. Eine vorzügliche Begründung hierzu hat schon vorher, vom internationalen Standpunkt aus, der italienische Senator Giovanni Agnelli gegeben bei einer Unterredung mit der United Press. Dabei trat er sogar für die 36-Stunden-Woche ein. Agnelli sagte da u. a.:

„Will man der Arbeitslosigkeit energisch entgegenreten, so muß diese Maßnahme organisch angelegt sein und bis auf die Wurzel des Übels vordringen. Zu diesem Zwecke muß man die Arbeitszeit verkürzen und die Löhne entsprechend heraufsetzen.“

Wir alle wissen, daß jede Wirtschaftskrise in einer Störung des Gleichgewichts zwischen Produktion und Konsum, d. h. zwischen Produktion und Kaufkraft, besteht; denn die Bedürfnisse sind

unbegrenzt, doch kann man sie nur in dem Maße befriedigen, als Mittel zur Befriedigung des Bedürfnisses nach Waren und Diensten zur Verfügung stehen.

Es liegt nun auf der Hand, daß die Kaufkraft heute in der ganzen Welt erheblich zurückgegangen ist. Geht man von einem durchschnittlichen Tageslohn von nur einem Dollar aus, so stellen die 25 Millionen Arbeitslose einen Rückgang der in den Wirtschaftsumlauf einfließenden Löhne um etwa $7\frac{1}{2}$ Milliarden Dollar jährlich dar, und um diese Summe müßte man die verringerten Löhne erhöhen, welche die noch beschäftigten Arbeiter heute empfangen, da ja die meisten von ihnen Kurzarbeit leisten, ohne daß ihre Entlohnung entsprechend erhöht worden wäre.

Ferner steht dem geschilderten Rückgang der Kaufkraft eine Zunahme der Produktionsfähigkeit gegenüber. Die zunehmende Verwendung von Maschinen und die Rationalisierung haben in der Industrie wie in der Landwirtschaft eine intensivere Produktionsweise hervorgerufen und gleichzeitig zu einer ständigen Abnahme des Bedarfs an Arbeitskräften geführt. Die Störung des wirtschaftlichen Gleichgewichts, die sich aus diesen Umständen ergab, bildet eine Hauptursache der ganzen Krise.

Bisher war der technische Fortschritt — Maschinen und Rationalisierung — darauf gerichtet, mit einem Minimum von Zeit und mit einem Minimum von Arbeitskräften ein Maximum von Leistung hervorzubringen, ohne daß man sich um die Arbeitslosigkeit Sorge machte, die auf diese Weise verursacht werden mußte. Statt dessen sollte man künftig bemüht sein, in möglichst kurzer Zeit ein Höchstmaß von Leistung zu vollbringen, wobei aber nicht die Zahl der Arbeiter herabzusetzen, sondern die Arbeitszeit des einzelnen Arbeiters zu verkürzen wäre. Mit anderen Worten kommt es darauf an zu verhindern, daß der technische Fortschritt auf Kosten des Beschäftigungsgrades vonstatten geht.

Bei diesen Vorschlägen habe ich natürlich die gesamte Wirtschaft als Ganzes vor Augen. Man kann freilich eine Industrie, welche neue, vollkommene Maschinen in Dienst stellt, nicht verhindern, Arbeiter zu entlassen. In gewissem Umfange aber können diese Arbeiter auf anderen Wirtschaftsgebieten neue Beschäftigung finden, und wenn die neu hervorgerufene Arbeitslosigkeit ein solches Niveau erreicht, daß dies nicht mehr möglich ist, so muß man dieser Entwicklung entgegenwirken durch Verkürzung der Arbeitszeit, um auf jeden Fall das gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen.

Die Grundlage eines jeden Wirtschaftsgebäudes, ohne Rücksicht auf seine soziale Struktur, bildet die Bezahlung der Arbeit, d. h. der Lohn. Der Arbeiter gibt sofort das, was er verdient hat, wieder aus, um zunächst seine elementaren Lebensbedürfnisse: Nahrung, Kleidung usw. zu befriedigen, und je mehr er verdient, um so mehr gibt er aus für höhere Güter und Dienstleistungen und weiterhin geistiger Art. Die Aufwendungen der Arbeiterschaft für die unentbehrlichen Nahrungsmittel setzen die Maschine des Konsums in Gang, selbst soweit es sich um entbehrliche Waren handelt, weil die Produzenten und Verkäufer der ersteren aus ihrem Gewinn die Mittel zur Anschaffung der letzteren ziehen.

Das gleiche gilt bezüglich der Einrichtung und des Ganges eines jeden Betriebes. Auf zehn Arbeiter entfällt ein Angestellter, auf zehn Angestellte ein Direktor, und an der Spitze der Direktoren steht das Haupt des Betriebes. Arbeiter, Angestellte, Direktoren, Kapitalisten und Geldgeber ziehen ihren Gewinn und ihren Verdienst aus dem Gang des Betriebes, der durch die Herstellung und den Absatz seiner Produkte auch gleichzeitig einer Schaar von Verkäufern, Reparaturpersonal usw. Verdienst gibt und eine Reihe anderer Zweige des Wirtschaftslebens, wie das Transportwesen, die Kreditanstalten und das Wohnungswesen, befruchtet.

Wenn aber die Löhne zunehmen, werden auch die Gesehungskosten und weiterhin die Verkaufspreise der Produkte steigen. Wie können wir zu einer tatsächlichen Stärkung der Kaufkraft gelangen? Es ist nicht gesagt, daß die Gesehungskosten der Produkte und ihr Verkaufspreis in demselben Maße hinaufgehen müssen wie die Löhne. Der Fabrikpreis einer Ware setzt sich neben den Kosten der Arbeitskraft auch aus anderen Elementen zusammen, die mit zunehmender Produktion zurückgehen, wenigstens bis die vorhandenen Betriebsanlagen voll ausgenutzt sind. In manchen Industrien hätte eine Steigerung der Löhne sogar nur einen ganz unwesentlichen Einfluß auf den Gesehungspreis des Produktes. Man denke nur an die hydro-elektrischen Kraftwerke, die Schifffahrt usw. Jedenfalls wird es genügen, wenn wir zwischen der Steigerung des Lohnes und der Zunahme der Gesehungskosten einen gewissen Abstand wahren.

Dieser zahlenmäßige und zeitliche Abstand zwischen den beiden Steigerungen bildet nun gerade die Zunahme der Kaufkraft. Er ist der Spielraum, in dem der Konsum steigen und in dem die Wiederbelebung der Geschäftstätigkeit erfolgen kann. Auf dieses „Köddern“, wie die Franzosen sagen, diesen ersten Anstoß und Anreiz, den man der Wirtschaft geben muß, um sie wieder in Gang zu bringen, kommt es gerade an.

Stellen wir uns eine Arbeitermasse von rund 100 Millionen Personen vor — dies ist etwa die Zahl, welche die Statistik für Europa (ohne Rußland), Amerika und Australien schätzungsweise annimmt —, von denen 25 Millionen arbeitslos wären! Um diesen 25 Millionen Personen Arbeit zu verschaffen, müßten wir die geltende

Arbeitszeit um 33 Proz. verkürzen,

so daß mit 100 Millionen Arbeitnehmern derselbe Endeffekt erzielt würde wie augenblicklich mit nur 75 Millionen. Wir müßten also von 48 Stunden auf 36 Stunden heruntergehen und

für 36 Stunden den gleichen Wochenlohn zahlen wie bisher für 48 Stunden,

mit anderen Worten, den Stundenlohn um 33 Proz. hinaufführen. Halten wir an einem durchschnittlichen Tageslohn von einem Dollar fest, so ergibt sich eine zusätzliche Aufwendung von täglich 25 Millionen Dollar. Um diese Summe würde nun die Kaufkraft von Tag zu Tag tatsächlich zunehmen, und nach Ablauf eines Jahres wäre sie soweit gestärkt, daß die Wirtschaft wieder einigermaßen in Gang kommen könnte.

Diese 25 Millionen Arbeitslosen, die heute von der öffentlichen und privaten Wohltätigkeit leben, sind von dem Nötigsten entblößt. Würden sie wieder Arbeit finden, so würden sie sich also sofort alles, was sie brauchen, unverzüglich anschaffen. Daraus würde sich eine Steigerung des Konsums ergeben. Infolgedessen würden die vorhandenen Vorräte aufgebraucht und damit auch die Produktion neu belebt werden.

Die heutige Krise ist jedoch durch verschiedene Umstände finanzieller, währungstechnischer und zollpolitischer Natur besonders kompliziert. Man denke nur an das schwerwiegende Problem der Kriegsschulden. Auch diese Faktoren lasse ich nicht aus dem Auge, doch handelt es sich hier nur um Begleitumstände. In erster Linie kommt es darauf an, daß der Anschluß zwischen Produktion und Konsum wieder hergestellt werde. Die Erscheinungen des Finanz- und Kreditwesens, die Bewegung des Geldes usw. folgen dem Verlauf der Produktion und werden infolgedessen durch die wesentlichen Lohn- und Arbeitsprobleme bestimmend beeinflusst. Die Vereinigten Staaten erreichen nicht das geringste mit allen Bemühungen, durch die von Präsident Hoover gegründeten Finanzkonsortien den Kredit zu mobilisieren und damit eine Preishausse hervorzurufen. Auch in England hat sich seit der Aufgabe der Goldwährung die Lage nicht gebessert, sondern im Gegenteil noch verschlimmert. Im April ist die Zahl der Arbeitslosen erneut gestiegen. Auch hier hat man es nicht verstanden, die Grundprobleme, von denen die Lösung der Krise abhängt: Produktion und Kaufkraft, richtig einzuschätzen.

Selbstverständlich müßte die Verkürzung der Arbeitszeit und entsprechende Hinaufführung der Löhne auf internationaler Grundlage erfolgen. Dabei schließe ich den Fall nicht aus, daß ein wirtschaftlich starker Staat, dessen eigener Markt den größten Teil seiner Produktion aufzunehmen vermag, allein diesen Weg wohl einschlagen und damit den anderen ein Beispiel geben könnte. Bei der Lage aber, in der sich heute alle Länder befinden, kommen nur internationale Maßnahmen in Frage. In ähnlicher Weise hat man sich schon einmal bei dem Genfer Abkommen über den Achtstundentag geeinigt. Warum sollte nicht ein neues Abkommen zwecks Einführung der 36- oder 32-Stunden-Woche unter entsprechender Heraushebung der Löhne möglich sein?

Die praktischen Schwierigkeiten, denen man etwa begegnen würde, sind naturgemäß nur zu überwinden, wenn alle Staaten und alle Regierungen mit der nötigen Autorität entschlossen und im Geiste einträchtiger Zusammenarbeit auf das gesteckte Ziel losgehen.

Im Sinne der Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich haben IGB. und SAJ. bisher gewirkt. Ein neuer energischer Vorstoß der einzelnen gewerkschaftlichen Landeszentralen und der sozialistischen Parteien gegen ihre Regierungen und Unternehmern im Sinne des ADGB., der SPD.-Reichstagsfraktion und Agnellis ist erforderlich, um zu der notwendigen internationalen Anknüpfung der Wirtschaft zu kommen. Die Pläne von Papens aber lehnen wir energisch ab. G. R.

Gemeindearbeiter in der Krise

Als im Mai des Jahres 1929 die in dem damaligen Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter organisierten K ä m m e r e i a r b e i t e r in einer eigenen Reichssektion zusammengefaßt wurden, konnten sie mit berechtigtem Stolz auf das in jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Arbeit Geschaffene zurückblicken. Die entrechteten, vielfach als öffentliche Armenunterstützungsbezieher in der Vorkriegszeit beschäftigten Arbeiter der Kämmererbetriebe hatten sich eine Stellung erkämpft, die in jeder Beziehung einen wesentlichen Fortschritt darstellte. Gesteigertes Einkommen, größere Rechte, erhöhtes Ansehen und allgemeine Verbesserung der sozialen Verhältnisse waren die Erfolge zielbewußter Solidarität.

Die furchtbare Finanznot der Gemeinden in den letzten Jahren drängte aber selbst fortschrittlich gesinnte Verwaltungen zu Maßnahmen, die sich gegen die Kämmererarbeiter mit in erster Linie richteten. Überall wurden die Tarifverträge aufgekündigt, um Lohnabbau und soziale Verschlechterungen zu erzwingen. Dazu kamen die Notverordnungen der Reichsregierung, die den Gemeindearbeitern auf gesetzlichem Wege Verschlechterungen aufzwangen, welche die kommunalen Arbeitgeberverbände in ordnungsmäßigen Tarifverhandlungen niemals hätten durchsetzen können. Aber nicht genug damit! Zehntausende von Kämmererarbeitern hat man in den letzten Jahren aus ihren Arbeitsstellen gebracht. An ihrer Stelle werden billigere Fürsorgepflicht-, Notstands- und Wohlfahrtsarbeiter beschäftigt. Dazu kommt jetzt der freiwillige Arbeitsdienst, der eine neue schwere Bedrohung gerade der Kämmererarbeiter darstellt.

In dieser furchtbaren Situation wittert auch das Privatkapital Morgenluft. Die Bestrebungen, den Gemeinden ihre Betriebe zu entreißen und an Privatunternehmer überzuführen, welche wir schon seit Jahren beobachten konnten, haben sich in den letzten Monaten zu Entkommunalisierungsanträgen der bürgerlichen Parteien in einzelnen Landtagen verdichtet. In Sachsen und in Bayern sind Landtagsbeschlüsse gefaßt worden, die verlangen, daß die städtischen Regiebetriebe mit Ausnahme der Versorgungsbetriebe planmäßig abgebaut werden sollen, die sich also ganz eindeutig gegen die Kämmererbetriebe richten. Wie ernst diese Beschlüsse zu nehmen sind, zeigt die Tatsache, daß als Folge davon in einer Großstadt der städtische Fuhrbetrieb zugunsten des privaten Transportgewerbes geschlossen werden soll.

Die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, mit denen die Arbeiterschaft zu ringen hat und die noch verschärft werden durch die politische Umschichtung, welche in den letzten Monaten vor sich gegangen ist, sind

kein Anlaß zur Müdigkeit und Resignation.

Zweifellos gehen wir einer Zeit stärkerer Rechtsentwicklung und damit Regierungen schärfster Tonart gegenüber den Arbeitnehmern entgegen. Das wird gewiß nicht nur die politische, sondern auch unsere gewerkschaftliche Arbeit in mancherlei Hinsicht erschweren. Vielmehr als bisher noch werden wir kämpfen müssen. Aber der Kampf ist der Boden, auf dem die Arbeiterbewegung gewachsen, auf dem sie groß und stark geworden ist. Wir brauchen die zweifellos kommenden schweren und kampfreichen Monate und Jahre nicht zu fürchten — aber wir müssen eins tun: Wir müssen rüsten für diese Zeit, müssen dafür sorgen, daß wir unseren Gegnern stark und in geschlossenen Reihen gegenüber treten können. Deshalb gilt es, u n e r m ü d l i c h z u w e r b e n für die Organisation der Kämmererarbeiter.

Trotz aller Rückschläge, welche die Kämmererarbeiter in den letzten Jahren erfahren mußten, sind die Grundpfeiler des Gebäudes sozialer und tariflicher Rechte fest und unerschütterlich geblieben. Erst vor kurzem ist es dem Gesamt-Verband gelungen, die Reichsmanteltarifverträge für die Gemeindearbeiter und kommunalen Straßenbahner zu erneuern. Die Zerschlagung des sozialen Inhalts der Verträge und des bisher einheitlichen Tarifrechts wurde verhindert. Die geradezu ungeheuerlichen Verschlechterungsanträge der kommunalen Arbeitgeber wurden fast auf der ganzen Linie abgewehrt und das soziale Tarifrecht der bei den Gemeinden Beschäftigten neu verankert. Diese große Aufgabe, das Tarifrecht gegen die Angriffe des Unternehmertums zu verteidigen, wurde bewältigt in einer Zeit schwerer sozialer Reaktion, in einer Zeit, in der die scharfmacherische Richtung des Unternehmertums die politische Alleinherrschaft innehat. Nicht die R G O. und nicht die G e l b e n haben diesen Kampf geführt und gewonnen, sondern die im Gesamt-Verband organisierten Kollegen, die dem organisierten Arbeitgebertum ihre Kampffront entgegenstellten.

Nicht immer hatten die Gemeindearbeiter wie heute Anspruch auf Urlaub und Fortzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen. Noch hat der größte Teil der Beschäftigten in den Gemeindebetrieben Ruhegehaltsberechtigung, welche sicherlich noch ausbaubedürftig ist, die den einzelnen aber davor schützt, ins Armenhaus gestoßen zu werden, wenn seine körperlichen oder geistigen Kräfte versagen. Dies alles muß denen gesagt werden, welche uns heute noch fernsehen und die Dornovemberverhältnisse entweder nicht kannten oder vergessen haben. Und auch das müssen wir ihnen sagen, daß alles dies nur errungen und bis heute gehalten werden konnte durch die große geschlossene Organisation, durch die Opfer, die die Pioniere unserer Bewegung im Laufe der Jahrzehnte für die gesamte Kollegenschaft gebracht haben. Auch diejenigen, die uns heute noch fernsehen, die blind und interesselos durch die Welt laufen und oftmals die Gewerkschaften beschimpfen, haben alle die Erfolge eingesehen, die errungen werden konnten. Auch die U n o r g a n i s i e r t e n können alljährlich in Urlaub gehen, erhalten Lohnfortzahlung in Krankheitsfällen, haben Ruhegehalt- und Hinterbliebenenversorgung, auch ihre Löhne sind tarifvertraglich geregelt. Das den Unorganisierten zum Bewußtsein zu bringen, ist das Gebot der Stunde. Lauheit und Indifferentismus kann es in den Gemeindebetrieben nicht geben, wenn jeder Verbandskollege seine Pflicht tut. Noch sind von den im Jahre 1931 insgesamt beschäftigten Kämmererarbeitern rund 81 500 unserer Reichsgruppe Kämmererbetriebe angeschlossen. In vielen Betrieben kann mit Stolz eine fast 100prozentige Zugehörigkeit der Beschäftigten zu unserer Organisation festgestellt werden. Kollegen, sorgt dafür, daß wir überall ein 100prozentiges Organisationsverhältnis erreichen.

Eine geschlossene Organisation brauchen wir auch, um die Angriffe des Privatkapitals gegen die Betriebe der Gemeinden abzuwehren zu können. Mancher Fuhrpark, mancher Müllabfuhr- und Straßenreinigungsbetrieb, manche Arbeitsstelle im Schlachthof, in den Markthallen und anderen Betrieben der Ernährungswirtschaft wäre längst zum Ausbeutungsobjekt privater Gewinnsucht, die keine Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit und der im Betrieb beschäftigten Arbeitnehmer nimmt, geworden, wenn der Gesamt-Verband nicht seinen Einfluß geltend gemacht hätte. Wir haben eben gezeigt, wie groß die Gefahr der Entkommunalisierung für die Kämmererbetriebe gerade jetzt ist. Während bis vor einem Jahre die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke am stärksten den Angriffen der Privatwirtschaft ausgesetzt waren, ist jetzt die Privatisierungsgefahr für die Kämmererbetriebe am größten. Wenn jeder in unseren Reihen mitkämpft, dann werden wir auch weiterhin dafür sorgen können, daß unsere Betriebe nicht an die Privatwirtschaft zurückfallen. Dann wird es uns auch gelingen, im Ausbau der kommunalen Wirtschaft weiter fortzuschreiten.

Zeiten der Not sollen aber auch Zeiten der Vertiefung der Arbeit sein. In stärkerem Maße als bisher wird es deshalb unsere Aufgabe sein, die besonderen Eigenarten des Arbeitsverhältnisses der Kämmererarbeiter, des Arbeitsprozesses, des Berufs und die besonderen wirtschaftlichen Angelegenheiten der Kämmererbetriebe zu beobachten. Diese Vertiefung der organisatorischen Arbeit ist die beste Vorbereitung für die Zukunft, die ja doch einmal trotz aller Not und allem Elend der Gegenwart kommen wird und kommen muß. Die Wirtschaftskrise zerstört nicht nur, sondern sie birgt in sich auch schon die Keime zu neuem Wachstum. Diese Zukunft, die neuen Verhältnisse, die aus der Krise geboren werden, werden sich für die Arbeitnehmerschaft genau so gut und genau so schlecht gestalten, als wir stark und gerüstet oder schwach und kampfunfähig sind. Darum ist Gewerkschaftsarbeit heute nicht nur Abwehr weiterer Verschlechterungen in der Gegenwart, sondern bildet zugleich die Grundlage für eine bessere und leichtere Zukunft. Gewerkschaftsarbeit ist Dienst an der Volkswirtschaft.

Zur Erreichung dieser Ziele brauchen wir die Mitwirkung aller vorhandenen Kräfte.

Keiner darf zurückstehen,

keiner darf sich abschrecken lassen von einzelnen Niederlagen und Mißerfolgen. Nun erst recht gilt es Kräfte zu sammeln und bereitzuhalten für die entscheidenden Stunden. Werber und Kämpfer sein, muß die Parole der nächsten Zeit lauten. Vorwärts und aufwärts, dem Morgenrot einer besseren Zukunft entgegen, denn der Tag kommt doch trotz alledem!

Reichsgruppe Kämmererbetriebe.

Karl Hauffe.

Kampf gegen Kulturreaktion und Nationalbolschewismus

Die seit Jahren auf Deutschland lastende Wirtschaftskrise hat auch das Kulturleben des deutschen Volkes außerordentlich stark bedroht, mit am stärksten auf dem Gebiete des Theaters und des Musikwesens. Eine Anzahl Theater sind bereits durch die übermäßige Verkürzung oder die völlige Streichung von öffentlichen Zuwendungen zum Erliegen gebracht, wieder andere den privaten Unternehmern und Interessentengruppen ausgeliefert worden.

Nun kommt zu dieser wirtschaftlichen Bedrohung neuerdings noch hinzu eine Bedrohung des Theaters und des Musikwesens durch die sich überall in Deutschland ausbreitende Kulturreaktion. An vielen Orten ist es schon bei Beginn der letzten Saison in den Theatern — leider zum Teil auch durch Künstler selbst — zu nationalsozialistischen Demonstrationen gekommen. Wird der Kampf auch in Zukunft in dieser Weise weitergeführt, dann wird es bald um den guten Ruf des deutschen Theaters geschehen sein. Darüber hinaus aber wird dem deutschen Volke und damit auch der deutschen Arbeitnehmerschaft ein erhebliches Stück Kulturgut, um das sie einen jahrzehntelangen Kampf geführt hat, wieder verlorengehen.

Um diesem Unheil in letzter Stunde noch zu steuern, hat jetzt der Verband der deutschen Volkstheatervereine, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Allgemeine freie Angestelltenbund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund, der Sozialistische Kulturbund, die Genossenschaft Deutscher Bühnenangehöriger, der Deutsche Chorsänger-Verband und Tänzer-Bund, der Deutsche Musiker-Verband und unser Gesamt-Verband, Fachgruppe: Theater, Kino und Varieté

an alle örtlichen Organisationen, soweit in den betreffenden Städten Theater vorhanden sind, ein Rundschreiben erlassen, in dem auf alle diese vorerwähnten Fragen Bezug genommen und in dem gleichzeitig aufgefordert wird, in der Zukunft in jeder Theaterstadt einen Arbeitsausschuß der genannten Organisationen ins Leben zu rufen. Aufgabe dieses Theaterausschusses soll sein, nicht nur ständig alle Lebensfragen des Theaters im Auge zu behalten, sondern gegebenenfalls in öffentlichen Kundgebungen für die Erhaltung des Theaters und des Konzertwesens zu wirken. Folgende Aufgaben müssen im Vordergrund dieser örtlichen Zusammenarbeit stehen:

1. Dauernde gegenseitige Fühlungnahme und Verständigung der Organisationen, um die Einheitlichkeit aller Aktionen zu gewährleisten.
2. Einflußnahme auf alle öffentlichen Körperschaften zugunsten der Erhaltung und des Aufbaues der sozialen Theater- und Kunstpflege.
3. Planmäßige Erfassung der in diesen Organisationen zusammengeschlossenen Massen für das Volkstheater; nachdrückliches Eintreten für die Arbeit der örtlichen freien Theaterbesucherorganisation (Volkstheater).

VII. Kongreß der Friseurgehilfen-Internationale

In den Tagen vom 16. bis 18. August hielt die Internationale Friseurgehilfen-Union im Volkshaus in Dresden ihren VII. Kongreß ab. Neben den Vertretern der Reichsfachgruppe Friseur im Gesamt-Verband, den Kollegen Lorenz (Berlin), Schwartzkopf (Wuppertal) und Spitz (Nürnberg) waren erschienen aus Dänemark und Schweden je drei Delegierte, aus Oesterreich zwei, aus Frankreich einer, aus der Tschechoslowakei einer und aus Ungarn einer. Ferner war anwesend der Internationale Sekretär Kollege Eitzkorn. Den Vorstand des Gesamt-Verbandes vertrat Kollege Orlopp (Berlin). Außerdem war anwesend je ein Vertreter der Bezirksleitung Dresden, des Internationalen Arbeitsamtes und des ADGB. — Ein von der Ortsverwaltung Dresden des Gesamt-Verbandes veranstalteter Begrüßungsabend vereinigte schon am 15. August die Delegierten und Gäste des Kongresses. Dabei wurde Gelegenheit genommen, den Internationalen Sekretär, Kollegen Eitzkorn (Berlin), der an diesem Tage auf eine vierzigjährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation zurückblicken konnte und gleichzeitig auch seit 25 Jahren internationaler Sekretär der Union ist, aus beiden Anlässen zu beglückwünschen. — Als Vorsitzender des Kongresses wurde Kollege Lorenz bestimmt. Der Bericht des Sekretärs lag in Form einer kleinen Erinnerungsschrift vor, in der ein Ueberblick gegeben wurde über die fünfundsiebenzigjährige Tätigkeit der Union. Die mündliche Ergänzung des Berichtes konnte in Rücksicht darauf kurz sein. In der Debatte spielte der Anschluß der deutschen Friseurgehilfenorganisation an den Gesamt-Verband eine Rolle. Die ausländischen Delegierten brachten dabei die Befürchtung zum Ausdruck, daß der Anschluß insbesondere der internationalen Zusammenarbeit der

4. Abwehr aller kultur- und kunstfeindlichen Bestrebungen politischer und anderer Gruppen, namentlich im Hinblick auf das Theater.

5. Vorbereitung und Durchführung öffentlicher Kundgebungen zur Erhaltung des Theaters bzw. zur Sicherung des kulturellen Regietheaters.

Es ist ganz selbstverständlich, daß das Bestreben der Spitzenorganisationen nur dann von Erfolg begleitet sein kann, wenn örtlicherseits der nötige Nachdruck hinter diese Forderungen gestellt wird. Dabei werden es in erster Linie die am Theater direkt beteiligten Organisationen sein müssen, die für die Zukunft einen erhöhten Kampf um die Erhaltung des Theaters zu führen haben.

Einen bemerkenswerten Schritt nach dieser Richtung hin hat erfreulicherweise bereits das Personal des Stadttheaters Stettin gegen den Nationalbolschewismus unternommen. In einer Versammlung, an der das gesamte künstlerische und technische Personal des Stadttheaters Stettin teilnahm, hat es einen Aufruf an die Bevölkerung Stettins erlassen, der mit der dringenden Mahnung schließt, das Theater unter allen Umständen aus dem Streit der politischen Meinungen herauszunehmen und der sich gleichzeitig gegen die rigorose Entlassung von Künstlern wegen ihrer Zugehörigkeit zu linksstehenden Parteien oder jüdischen Glaubensgemeinschaften wendet.

Es dürfte sich empfehlen, daß diese Solidarität, die hier in Stettin zum Ausdruck gekommen ist, in allen deutschen Theaterstädten nachgeahmt wird. Darüber hinaus muß aber auch die Allgemeinheit — besonders in der schaffenden Bevölkerung — in Zukunft der Erhaltung des deutschen Theaters und Konzertwesens wieder erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Wir haben nicht umsonst einen jahrzehntelangen Kampf darum geführt, um auch der minderbemittelten Bevölkerung diese großen Kulturgüter zunutze zu machen. Es wäre ein verhängnisvoller Schritt zurück, wenn es uns nicht gelänge, dieses so von unseren Vätern ererbte Recht auch für die Zukunft zu erhalten. Gewiß ist es zur Zeit manchem unserer Kollegen infolge verminderter Arbeitseinkommen und besonders unseren Arbeitslosen nicht möglich, die kulturellen Bedürfnisse in dem Maße zu befriedigen, wie es wünschenswert wäre. Andererseits steht aber auch fest, daß Volksbühne, Sozialistischer Kulturbund, Gewerkschaften und Partei im Laufe der Jahre so viele Möglichkeiten geschaffen haben, um auch den Minderbemittelten das Recht und die Möglichkeit auf die Teilnahme an diesen Kulturgütern zu schaffen.

Sorgen wir — jeder einzelne an seiner Stelle — dafür, daß auch dem Theater wieder neue Freunde zugeführt werden. Er-obern wir das Theater der deutschen Arbeitnehmerschaft und damit dem deutschen Volke, dann haben wir dem Wunsche der Spitzenorganisationen entsprechend unsere Pflicht getan und werden auch aus diesem Kampfe trotz Wirtschaftskrise und Kulturreaktion als Sieger hervorgehen.

D. St.

Friseurgehilfen hinderlich sein könnte. Die Bedenken wurden von den Kollegen Orlopp und Lorenz, wie auch von dem Internationalen Sekretär als unbegründet erklärt und zerstreut. — „Die Bedeutung und den Aufbau des Internationalen Arbeitsamtes“ behandelte dessen Vertreter Otto Bach in einem instruktiven Vortrag. Der Hinweis des Referenten auf die Erhebungen über die Lebenshaltungskosten gab Anlaß zu einer Erörterung darüber, ob an Hand dieser Erhebung nicht auch für die Union die Feststellung über die Kaufkraft der Friseurgehilfenlöhne in den einzelnen Ländern möglich sei. — Der Vortrag des Kollegen Lorenz über „Die technische Entwicklung im Friseurgewerbe“ wurde ohne Diskussion zur Kenntnis genommen. — Die Frage: „Wo bleiben die älteren Friseurgehilfen?“ wurde vom Kollegen Eitzkorn in einem Referat erörtert. Das Bestreben der Arbeitgeber, sich zwar durch die Lehrlingszüchtereie billige Arbeitskräfte zu sichern, sich aber gleichzeitig gegen die Konkurrenzfolgen dieser Methode zu schützen und die älteren Friseurgehilfen aus dem Berufe zu verdrängen, wurde dabei besonders betrachtet. In der Debatte darüber gab der ungarische Vertreter eine ergreifende Schilderung der Zustände der Verhältnisse in Ungarn. — Der Internationale Sekretär soll die Frage prüfen, ob nicht von den Ländern mit höheren Löhnen auch höhere Beiträge erhoben werden könnten, um die schwächeren Organisationen zu stützen. — Als Internationaler Sekretär wurde Kollege Eitzkorn wiedergewählt und ihm Dank und Anerkennung für seine bisherige Tätigkeit ausgesprochen. — Der nächste Kongreß soll 1935 in Budapest stattfinden, sofern dort eine Tagung möglich ist.

K. L.

GEMEINDEN UND KOMMUNALVERBÄNDE

Die bankrotte „RGO.“ geht mit gestohlenen Namen betteln!

Bei der „revolutionären“ RGO. muß es trotz ihrer Großmäuligkeit sehr trostlos aussehen, wie folgender Bettelbrief zeigt, der am 19. August 1932 an die Duisburger Geschäftswelt gesandt wurde:

„Werte Firma! Angesichts der großen Erfolge hat sich der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter die Aufgabe gestellt, den notleidenden Kindern und Familien zu helfen und zu unterstützen. Leider ist es dem Verbands allein nicht mehr möglich, die Not der Armen zu heben. Aus diesem Grunde wenden wir uns an die Geschäftswelt mit der Bitte, uns mitzu-helfen die Not der Armen zu lindern und uns mit einem Betrage oder mit Ware zu unterstützen.“

Wir erlauben uns, in den nächsten Tagen unsern Vertreter Schön-dorf zu Ihnen zu senden mit der Bitte und in der Hoffnung, denselben nicht abweisen zu wollen. Derselbe ist mit einer Sammelliste und einem besonderen Ausweise unserer Organisation versehen.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Duisburg.
Einheitsverband der Gemeinde- und Verkehrsarbeiter, Ortsverwaltung Duisburg. gez. Frey.“

Ihr eigener Name scheint ihnen nicht zugkräftig genug zu sein. Darum stiehlt sich die RGO. den Namen des früheren Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Öffentlichkeit und die Geschäftswelt werden damit getäuscht. Die freien Gewerkschaften haben eine solche Bettelei nicht notwendig. Der Gesamt-Verband kann auch heute noch seine in Not geratenen Mitglieder aus eigenen Mitteln unterstützen. — Die RGO. geht also zu den deutschen Kapitalisten betteln, welche sie doch aufs stärkste bekämpfen will. Wie mögen diese über die Duisburger revolutionäre RGO. denken! —

Der größte Feind, den die RGO. hat (so sagen die kommunistischen „Revolutionäre“), sind nicht die Kapitalisten, sondern die freien Gewerkschaften, und neuerdings soll wieder erneut ein Feldzug gegen diese gemacht werden! Glaubt nun die RGO., sich für ihr schändliches Handwerk bei den Kapitalisten ihren Judaslohn holen zu müssen. — Der Vertreter Schön-dorf, welcher im Schreiben genannt wird, war bei dem städtischen Gaswerk beschäftigt und Angehöriger der gesetzlichen Betriebsvertretung. Seine Entlassung ist nicht wegen seiner „revolutionären“ Taten oder wegen Interessen-

vertretung seiner Arbeitskollegen erfolgt, sondern wegen unberechtigter persönlicher Vorteile und Falschmeldungen — trotz wiederholter Derwarnungen! Sein revolutionärer Tatendrang im Betrieb war sehr mangelhaft ausgeprägt. Wenn Verhandlungen stattfanden oder sonstige Differenzen der Arbeiterschaft mit der Verwaltung durch die Betriebsvertretung ausgetragen werden mußten, hüllte sich Schön-dorf der Verwaltung gegenüber größtenteils in Schweigen. — Die RGO. hatte schon, bevor Schön-dorf aus dem Betrieb entlassen wurde, im städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk Sammel-listen für Schön-dorf auflegen lassen. Mehrere Wochen nach seiner Entlassung hat Sch. gegenüber freien Gewerkschaftlern erklärt, „er habe bisher noch keinen Pfennig Unterstützung erhalten“. Wohin das Geld der Sammel-listen gewandert ist, darüber wurde nichts bekannt. — Weiter wurde der Unterzeichnete des nebenstehenden Schreibens, Frey, beim vorjährigen wilden Streik der RGO. auf dem städtischen Fuhrpark Duisburg-Hamborn mit entlassen. Frey zählte mit zu denen, welche verschärfte Maßnahmen in der Durch-setzung des Streiks beschlossen hatten und, nachdem die Arbeiterschaft gegen den Willen der RGO. die Arbeit wieder aufnahm, war Frey einer der ersten, der am nächsten Tage wieder im Betriebe erschien. Die RGO. hat, nachdem der größte Teil ihrer Anhänger durch ihre verkehrten Maßnahmen sich den Betrieb von draußen an-sehen konnten, nicht das geringste unternommen, um die so Ge-schädigten wieder in den Betrieb zu bringen. Heute müssen sich nun die durch Schuld der RGO. in größte Not geratenen an die Duis-burger Geschäftswelt wenden, damit sie nicht verhungern. — Das sind die positiven Taten der sogenannten revolutionären Gewerk-schafts-Opposition, die sich zum Ziele setzte, die freien Gewerk-schaften unter allen Umständen und mit allen Mitteln zu zer-schlagen! — Wir rufen jedem Arbeiter zu, sich von diesen Volks-beglückern zu trennen, weil sie nur zum Schaden der Arbeiter und zum Nutzen der Kapitalisten gewirkt haben. Jetzt gilt als höchstes Gebot „Geschlossenheit der Arbeiterschaft!“ Deshalb muß sich jeder Arbeiter seiner freien Gewerkschaft anschließen. Die „Einheits-front“, die von KPD. und RGO. unehrlicherweise immer propagiert wird, besteht in der „Eisernen Front!“ und nicht bei der KPD. oder RGO!

M. Rodenstock

THEATER • KINO • VARIETÉ

„Die Schumann-Brigade“

„50 junge Frankfurter erhalten eine Chance.“ So zu lesen im Inseratenteil der in Frankfurt a. M. erscheinenden Tageszeitungen vom Sonnabend, dem 13. August 1932. Und was wird diesen 50 jungen Leuten, die zu einer „Schumann-Brigade“ zusammen-gefaßt werden sollen, versprochen: bei „angemessener Bezahlung“ sollen sie in 3 Jahren zu erstklassigen Film-Fachleuten heran-gebildet werden. Dieser Dreh ist viel zu durchsichtig, um nicht sofort erkennen zu lassen, um was es sich hier handelt und was die Absicht ist. Man treibt Mißbrauch mit der Arbeitskraft der durch die Arbeitslosigkeit in Not geratenen Jugend. Man will billige Arbeitskräfte 3 Jahre ausbeuten und verspricht ihnen, sie zu tüchtigen Kino-Fachleuten heranzubilden. Bei jenen Herren Arbeitgebern, wo sozial klein und Profit groß geschrieben wird, sind alle Mittel, die den Zweck heiligen, gut genug, um ihre Aus-beuterergelüste zu verbergen, und so erklärt man dann den Eltern, die Söhne oder Töchter im Alter von 16 bis 18 Jahren haben:

„Die Kinobranche ist verhältnismäßig jung. — Sie blüht daher auf keine Tradition zurück und hat sich überraschend schnell entwickelt. Hier-durch ist logischerweise ein Mangel an erstklassig geschultem Personal ent-standen.“

Mit dem ersten Satz gehen wir konform, dagegen stellt der zweite Satz die Tatsachen auf den Kopf. Das weiß auch der „Fach-mann“ im Schumann-Theater, denn die Stellensuche im „Film-Kurier“ und der „Lichtbild-Bühne“ sprechen eine nur zu deutliche Sprache. Auch bei den Arbeitsämtern in Deutschland sind eine sehr große Anzahl von Angestellten aller Sparten des Lichtspiel-gewerbes arbeitslos gemeldet, die in diesem Gewerbe, trotz ihrer Fachkenntnisse, keine Stellung mehr bekommen werden.

Zu unserer Warnung an die Eltern und Erzieher dieser jungen Menschen im Alter von 16 bis 18 Jahren sei darum gesagt:

Verschiedene Vorfälle der letzten Zeit geben Anlaß, in der Deffent-lichkeit die Ausschichtslosigkeit aller Kinobranche dar-zustellen. — In Frankfurt am Main sind nach den Bekanntgaben der Kinobesitzerorganisationen eine ganze Anzahl von Lichtspielunter-nehmungen infolge der Wirtschaftskrise zusammengebrochen. Zum erstenmal seit Bestehen des Frankfurter Kinowesens weist auch die Sitzplatzzahl einen Rückgang auf. Der größte Teil aller Lichtspieltheater war gezwungen, ihr Personal stark einzuschränken, und auch die Tarife der Angestellten sind er-heblich gesenkt worden. Der Stellenmarkt des Frankfurter Lichtspielwesens zeigt ein trostloses Bild. Das Arbeitsamt hat zurzeit eine sehr große Zahl geschulte und langjährig praktisch erprobte technische und kaufmännische Angestellten zu unterstützen und zu vermitteln. Es bestand im letzten Jahre überhaupt keine Möglichkeit, irgendwelchen ausgebildeten Kräften neue Arbeitsstellen zuzuteilen und die Zahl der Arbeitslosen in diesem Ge-werbe ist auch weiter im Steigen begriffen. Nicht nur die Arbeitnehmer-organisationen, sondern auch die Verbände der Arbeitgeber, der Kinobesitzer haben wiederholt auf die trostlose Lage des Kinogewerbes in aller Deffent-lichkeit hingewiesen. Es besteht auch in absehbarer Zeit keine Aussicht zu einer Konjunkturverbesserung, im Gegenteil, die Einnahmen der Kino-theater sind trotz des Sommerendes so katastrophal wie niemals, so daß auch in den nächsten Monaten keine Belegung des Kinobesuches zu erhoffen ist. — All diese Tatsachen ergeben die Ausschichtslosigkeit aller Bemühungen, neue jugendliche Kräfte der Kinofachausbildung zuzuführen, und alle Instanzen müssen energig alle Laien davor warnen, irgendwelche Hoffnungen auf Beschäftigungsmöglichkeit im Kinowesen zu setzen. Die Ausbildung im Kinowesen hat in den letzten Jahren ein Ausmaß angenommen, das in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Bedarf an Fachleuten steht. Am vor-Enttäuschungen und falschen Vorstellungen von „günstigen Aussichten“ im Kinowesen zu bewahren, müssen die Erzieher, Eltern und die gesamte Deffentlichkeit vor jedem Zug ins Kinofach eindringlichst gewarnt werden.

GÄRTNEREI • PARK • FRIEDHOF

Man kann sich auch selbst ohrfeigen?

In diesen Zeiten lernt man nicht wenige Menschen kennen, die mit nicht abzusprechender Klugheit ganz überragende Taten zu — Papier bringen. Sie wissen alles und hinterher immer besser, haben auch „wieder mal recht gehabt“. Doch prüft man ihr Tun in der Praxis, dann sehen diese schimpfenden Helden selten einmal manierlich aus. — Wir lernten schon so manchen aus dieser Junft kennen, aber meist kam der Menschheit ganzer Jammer uns an und als mitleidige Seelen ließen wir ihn laufen, ohne ihn zu ftaupen.

Aber heute sei einer vorgestellt, der solches Mitleid nicht verdient. Die „Rheinisch-Westfälische Gärtner-Zeitung“, die den Beweis ihrer Existenzberechtigung erst noch zu erbringen hat, hält sich für die berufswirtschaftlichen Fragen Mitarbeiter von noch zweifelhafterem Charakter, und einer, der nicht einmal den Mut hatte, dem Geschreibsel seinen Namen anzufügen, brachte da in Nr. 3/1932 unter der zitierten Überschrift seinen Zorn über eines unserer Werbeflugblätter, das einige typische Wohnlöcher für Gärtnergehilfen im Bilde wiedergibt, zum Ausdruck. Aber wie! — Er sah von den dargestellten Mißständen nur einen Kleiderhaken fehlen. Und darauf nennt er die, die nicht soviet Ordnungssinn haben, einen Kleiderhaken einzuschlagen — Schweine. Damit dieses Kosewort aber nicht etwa auf die für die Ordnung in den ihren Gehilfen abermieteteten „Wohnungen“ verantwortlichen Arbeitgeber bezogen werden könnte, schrieb dieser feige Patron, der nur mit „K. in F.“ unterzeichnete, dazu noch wörtlich folgendes: „Und diese Schweine gehören nicht in die Betriebe, sie gehören in die genannte Organisation (genannt ist unsere Reichsfachgruppe); denn jedes Schwein braucht einen Stall und Mist, und der ist nur da zu finden.“

Trotz seiner feigen Dorstcht haben wir dieses kreischende Federvieh erwischt. Sein Name ist Werner Kison und er firmiert „Moderne Gartengestaltung und Gartenpflege, Berlin-Frohnau“.

Damit hatten wir auch die Erklärung für seine Schweinewut. Er ist uns ein alter Bekannter, einmal vor einigen Jahren auf unsere Veranlassung durch das Arbeitsgericht zu einer erheblichen Lohnnachzahlung verurteilt, die er aber bis heute noch nicht gezahlt hat, weil er angeblich selber nichts hat. — Also die Schweineepistel stellt sich als ein Rauchaakt von niedrigstem Niveau dar.

Wir kennen genügend von den Verhältnissen des Herrn Kison, der lediglich durch schmutzige Unterbietung anständiger Berliner Landschaftsfirmlen seine zum Glück nur vorübergehende „moderne“ Gartengestaltung ausüben konnte. Wir könnten ihn also so bloßstellen, daß er vielleicht doch einmal in seinem Leben sich schämen würde. Doch er sei seinem „Schweinemist“ überlassen, in dem er sich anscheinend sauwohl fühlt, solange ihn der Vater seiner Braut aushalten wird. Alle Kollegen, die diesen Herren kennenzulernen die zweifelhafte Ehre hatten, erklärten uns, daß sie ihn noch nie haben selbst arbeiten sehen. Sein in Glieniche an der Nordbahn gelegenes etwa einen Morgen großes Pachtland, das „Baumschule und Staudenkulturen“ vorstellen soll, auf dem aber alles in meterhohem Unkraut verkommt, dessen wenige ältere Obstbäume nicht einmal von abgestorbenen Ästen befreit werden, ist ein überzeugendes Beispiel dafür, daß die Arbeitsscheu dieses Mannes, der sich in den Frack eines Wirtschaftsführers zu hüllen versucht, Tatsache ist.

Wir können uns heute wohl darauf beschränken, diesem fauberen Herrn den Wink zu geben, sich zunächst einmal um seine eigene Schweinewirtschaft zu kümmern, bevor er sich anmaßt, über die Wirtschaft des Berufes und des Volkes oder, wie er uns „verraten“ wollte, gar über „gewerkschaftliche“ Fragen mitzureden. Er könnte sonst noch öfter sich selbst ohrfeigen.

Albert Lehmann.

Dämmer es noch nicht?

Wenn man sich so manche Vorgänge, die das „Dritte Reich“ vorbereiten sollen, betrachtet, dann kann man tatsächlich im Zweifel sein, ob man es noch mit Menschen zu tun hat, die klar zu denken vermögen. Von Ost- und Westpreußen ist bekannt, daß die dortigen Gartenbauern, wie wohl auch die meisten Landwirte, eingeschriebene Mitglieder der NSDAP. sind. Ob sie auch überzeugte Anhänger der Nazi-Bewegung sind, steht freilich auf einem anderen Blatt.

Jedenfalls aber haben wir ihr Geständnis (vgl. Gewerkschaft Nr. 51/1931, S. 623), daß sie die gegen den Lohnabbau gerichtete Auffassung an sich billigen.

Inzwischen ist jetzt die Landwirtschaftskammer für Ostpreußen von den Nazis völlig beherrscht und in deren Amtsblatt, der „Georgine“, findet man jetzt tatsächlich Sätze, die gegen den Lohnabbau sich richten. So wird am 19. August 1932 in einem Artikel „Fize Ideen der Agrarpolitik“ wie folgt Stellung genommen:

„Ein Politiker unserer Provinz hat einmal das Wort geschrieben: „Das Volk muß mehr arbeiten und weniger gut leben.“ Kurz und gut, wir müssen die Löhne kürzen, die Lebenshaltung der Massen noch mehr beschränken, damit wir wieder Zinsen zahlen können und das Kapital wieder angereichert wird und dann allmählich in vielen Jahren wir vielleicht irgendwie entschuldigt werden. Bei dieser Eisenhartkur nun könnte das Volk leicht verhungern. Die weitere Senkung der Lebenshaltung unter den jetzigen Stand herunter würden nämlich so ziemlich die physischen Grenzen der Erhaltung des Lebens unterschreiten.“

Als einige Tage darauf durch einen Schiedspruch die Löhne der Hofgänger wiederum gekürzt wurden, da empfahl das Amtsblatt der Landwirtschaftskammer am 23. August, zur Verhütung der Radikalisierung der jugendlichen Landarbeiter keine Kürzung der Hofgängerlöhne vorzunehmen.

Die an die Futterkrippe gelangten Politiker unter den Nazis halten es also schon für angebracht, ein wenig soziales Verständnis zu markieren, aber die „Pg.“ unter den Arbeitgebern denken natürlich nicht im Traume daran, ihnen zu folgen.

Dafür ist die Baumschule von Brandt in Elbing ein sprechendes Beispiel. Die Gehilfen, der Einstellung des Chefs entsprechend, alle in der SA. Dafür erhalten sie 6—10 Pf. unter den bisherigen Tariflohnsätzen. Ferner werden Burschen von 14 und 15 Jahren zum Hacken beschäftigt. Bei 60stündiger Arbeitszeit im glühenden Sonnenbrand erhalten diese halben Kinder 12 bis 16 Pf. je Stunde oder 5—6 Mk. je Woche. So also sieht das „Dritte Reich“ unserer Gartenbauern aus!

Das werden sie nun aber auch jenen gegenüber verteidigen wollen, die etwa als wirkliche National-Sozialisten sich betätigen sollten. Man darf einigermaßen gespannt sein, wie lange es noch dauern wird, bis den SA-Männern unter den Gärtnergehilfen das Nachdenken über die Theorie und Praxis ihrer Arbeitgeber-Pgs und die Erkenntnis ihrer eigenen Einreihung in die falsche Front kommen wird. Unsere Mitglieder werden gewiß noch einige Mühe haben, diesem notwendigen Nachdenken und dem Erwachen aus „nationalem“ Dusel nach zu helfen, aber sie werden sich der Arbeit mit der Ausdauer und Fähigkeit, die jedem überzeugten Gewerkschaftler ja eigen ist, gern unterziehen, bis es jenen Opfern der Nazi-Eisenhartkur dämmern wird.

Verkaufsangebot einer Gärtnerstellung

Das Arbeitsamt in Zwickau erhielt folgendes seltsame Angebot eines Werkgärtners:

„Habe die Absicht, mich selbständig zu machen und bin bereit, einen arbeitslosen, ledigen, tüchtigen Gärtner (24 bis 32 Jahre) in meine langjährige Herrschaftsgärtnerstelle einzubringen, falls Sie mir 160 Mk. Entschädigung schriftlich vorläufig zusichern, die als Betriebskapital fehlen. Der Gärtner muß sich verpflichten, Ihnen pro Woche 5 Mk. abzuführen, also 32 Wochen. Die 160 Mk. müßten mir, sobald die Einstellung des Gärtners vom Werke erfolgt wäre, ausgezahlt werden.“

Das Arbeitsamt Zugau, an das der Brief zuständigkeitshalber weitergeleitet worden war, zeigte Bereitschaft, auf den Vorschlag einzugehen.

Dazu sagt sogar die „Deutsche Bergwerkszeitung“, das bekannte Unternehmerblatt, der wir die Nachricht entnehmen: Eine eigenartige Auffassung! Jedenfalls hat der ehemalige „Herrschaftsgärtner“ durch dieses Angebot den Nachweis reinsten privatkapitalistischer Wirtschaftsführung erbracht. Er handelt zweifellos richtig, wenn er aus den Reihen der Arbeitnehmer ausscheidet.

VERBANDSTEIL

Teilnahme am Fernunterricht der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung Berlin

Am 1. Oktober 1932 beginnt der neue Fernunterrichtslehrgang 1932/33 der staatlichen Fachschule für Wirtschaft und Verwaltung in Berlin. Die Teilnahme am Fernunterricht ist im allgemeinen Voraussetzung, um evtl. später an einem Lehrgang an der Fachschule teilnehmen zu können. Dem schriftlichen Fernunterricht werden die Bücher der Arbeiterschule, Einführung in die Theorie der Wirtschaft, Band 1/2, und Einführung in die Wirtschaftspolitik, Band 3, Karl Heymanns Verlag, zugrunde gelegt. Außerdem wird das Buch von Dr. Ernst Nötting, „Grundlegung und Geschichte der Sozialpolitik“, benutzt. Die Bücher kosten insgesamt 16,80 Mk.

Bewerbungen für die Teilnahme von Verbandsmitgliedern an diesem Fernunterrichtslehrgang sind bis spätestens

15. September an den Verbandsvorstand, Bildungssekretariat, mit dem Vermerk zu richten: „Betrifft: Fernunterricht Fachschule Berlin.“ In der Bewerbung ist mitzuteilen, an welchen Bildungskursen der Bewerber teilgenommen hat. Ferner muß der Bewerbung ein Lebenslauf beigelegt werden. Die Auswahl der Teilnehmer trifft der Verbandsvorstand. Die zugelassenen Bewerber haben sich die erforderlichen Bücher selbst zu beschaffen oder sie können — falls sie die Ortsverwaltung besitzt — dort ausgeliehen werden.

Wir machen ausdrücklich darauf aufmerksam, daß durch die Teilnahme am Fernunterricht nicht das Recht auf Zulassung zu einem späteren Lehrgang erwirkt wird. Der Verbandsvorstand.

Fortbildung unserer Funktionäre

Wichtige Verwendung der Verbandsfunktionäre

An den Gewerkschaftsfunktionär werden heute ganz andere Ansprüche gestellt, als es der Funktionär in der Vorkriegszeit gewohnt war. Das hat seinen Grund in der Staatsumwälzung und der damit veränderten Einstellung der Gewerkschaften zum Staat. Der unselbige Bruderkampf, verbunden mit geistiger und organisatorischer Zerklüftung der Arbeiterschaft, hat die Arbeit der Funktionäre vergrößert und erschwert. Der durch die wirtschaftliche Not gezeichnete Faschismus berennt das Gewerkschaftsbollwerk. Starker Kräfteeinsatz des gesamten Funktionärkörpers ist notwendig.

Wenn wir das alles in Betracht ziehen, dann finden wir die Erklärung, weshalb die Funktionärausbildung für die Gewerkschaftsbewegung eine so große Rolle spielt, ja, Lebensfrage und Zukunft bedeutet. Es werden deshalb von den Verbänden keine Kosten und Anstrengungen gescheut, um einen Funktionärstab heranzuziehen, der die vorgenannten Bedingungen zu erfüllen in der Lage ist und eine stete Kraftquelle für die Gewerkschaftsbewegung ist.

Ein paar Zahlen: Es betragen die Ausgaben für Bildungszwecke des Gesamtverbandes für das Jahr 1930 288 000 Mk., des ADGB für das Jahr 1930 338 000 Mk., ohne die 166 500 Mk. für die Bundeschule. Für Bildung und Presse gaben alle dem ADGB angeschlossenen Verbände aus: 1929: 13 254 726 Mk. gleich 6,5 Proz. der Gesamtausgaben, 1930: 13 957 587 Mk. gleich 5,8 Proz. der Gesamtausgaben.

Aber alle aufgewandte Mühe und Kosten der Zentralen wären fehlgeleitet, wenn die geschulten Kollegen nicht entsprechend ihrer Befähigung in die Organisationsarbeit eingespannt werden. Es ist dies eine der wichtigsten Aufgaben der Orts- und Bezirksverwaltungen. Es ist auch hier so, daß nicht die Zahl der jährlich Geschulten den Ausschlag gibt, sondern deren zweckentsprechende Eingliederung in die Arbeit der Organisation. Das Primäre ist: der richtige Mann an den richtigen Platz! Die örtlichen Stellen müssen sich von dem Wissen und Können der Kurssteilnehmer unterrichten; der Kontakt muß nach absolviertem Studium aufrechterhalten werden mit dem Ziele, alle befähigten Teilnehmer aktiv für den Verband wirken zu lassen und weiterzubilden. Jede Verwaltungsstelle des G.-V. sollte es sich angelegen sein lassen, ihr Augenmerk auf die erwerbslosen Funktionäre zu richten und diese auf jede Art zu unterstützen. Theorie und Praxis müssen im Funktionärwesen zum harmonischen Zusammenwirken kommen, zum Vorteil und Nutzen der gesamten Mitgliedschaft! Das ist Sinn und Ziel gewerkschaftlicher Funktionärausbildung. Carl Hillmer, Hamburg-Debbel.

UNSERE JUGEND

Fortbildungskurse für erwerbslose Jugendliche

Die Betreuung unserer erwerbslosen Jugendkollegen und -kolleginnen muß in der kommenden Winterarbeit mit im Vordergrund stehen. Es genügt nicht, daß wir die Verbindung mit den arbeitslosen jugendlichen Mitgliedern aufrechterhalten; helfen müssen wir ihnen, soweit es nur möglich ist. Es ist nicht nur die materielle Not, die unsere Jugendkollegen drückt, sondern es besteht darüber hinaus die Gefahr, daß sie durch die lange Arbeitslosigkeit jede Verbindung mit dem Beruf verlieren. Es muß ihnen die Möglichkeit gegeben werden, durch Fortbildung ihre beruflichen Kenntnisse aufrechtzuerhalten und zu vervollkommen, um sie später, wenn sie wieder Arbeit erhalten, als vollwertige Arbeitskräfte in den Produktionsprozeß einreihen zu können.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung hat im vorigen Jahre bereits erhebliche Mittel zur beruflichen Fortbildung jugendlicher Arbeitsloser bereitgestellt. Für den kommenden Winter sollen die gleichen Mittel für diese Zwecke zur Verfügung stehen. Aufgabe unserer Ortsverwaltungen und örtlichen Jugendgruppen ist es nunmehr, derartige Fortbildungskurse vorzubereiten und beim zuständigen Arbeitsamt die Mittel zu beantragen. Dem Antrage sind ausführliche Vorschläge und Stundenpläne für den in Aussicht genommenen Kursus beizufügen. Von verschiedenen unserer Ortsverwaltungen wurden bereits im vergangenen Jahre solche Kurse erfolgreich durchgeführt. Die Kurssteilnehmer können im Interesse einer geordneten Durchführung des Kursus von Stempelpflicht befreit werden.

RUNDSCHAU

Gewerkschaften und Pläne der Reichsregierung. Gegen Gerüchte und Legenden, die die Gewerkschaften in Verbindung mit Plänen der Reichsregierung bringen, wendet sich die „Gewerkschafts-Zeitung“ des ADGB. Sie sagt u. a.:

„Selbst die Stimmung der Berliner Börse soll, wie am 22. August die Handelszeitungen meldeten, durch Gerüchte über Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Gewerkschaften beeinflusst worden sein. Welchen Zweck diese Verhandlungen haben sollen, liest man an anderer Stelle und in anderem Zusammenhang. Es zeigt sich, heißt es, von der Seite der Regierung her „das Bestreben, die Gewerkschaften teils als Brücke zu den Parteien zu benutzen, teils gegen die Parteien auszuspielen“, — ohne daß angegeben wird, auf welche Gewerkschaften und welche Parteien diese Bemerkung zielt. Ein Berliner Montagblatt glaubte den Umstand, daß bei der Abhebung der preußischen Staatsbeamten in höheren Stellungen bisher einige Personen verschont blieben, die aus den Gewerkschaften hervorgegangen sind, als Zeichen für ähnliche Bestrebungen deuten zu müssen; das Blatt hat anscheinend der brüskten Entlassung Wiffells nicht gedacht, der als Person wie in seinem Amt als Schlichter zu den Gewerkschaften in englicher Beziehung stand. Am weitesten wagt sich die „Rote Fahne“ vor. Sie berichtet über einen Plan zur Bildung eines Kabinetts Schleicher-Sträßer-Siegerwald, aber hierbei folgt sie Gerüchten, die in anderen Zeitungen ihren Niederschlag bereits früher gefunden hatten. Originell ist das Blatt nur in seiner Spezialität, in der Verleumdung der Gewerkschaften und ihrer Führer; denn es fügt seinen Nachrichten über die angeblich geplante Regierungskonstellation Schleicher-Sträßer-Siegerwald hinzu, daß die „Tolerierung“ dieser Regierung durch die SPD, und die Gewerkschaften schon beschlossene Sache sei. Da die SPD bereits Beschlüsse gefaßt hat, die an ihrer oppositionellen Stellung zu jeder Reichsregierung keinen Zweifel zulassen, wird sich zwar niemand vorstellen können, was eine solche Regierung dem Reichstage gegenüber mit einer „Tolerierung“ durch die Gewerkschaften anfangen könnte, aber der verleumderischen Phantasie der „Roten Fahne“ sind solche Grenzen der Logik eben nicht gesetzt. Wir erklären nachdrücklich, daß der ADGB, allen Kombinationen über Nachtbildungen an der Spitze des Reiches absolut fernsteht und an Verhandlungen über die Bildung einer neuen oder die Umbildung der gegenwärtigen Regierung unbeteiligt ist. Wenn wir die Art der Anteilnahme des ADGB, an der Gestaltung der politischen Führung im Reich kennzeichnen wollen, so müssen wir feststellen, daß der ADGB, nur von dem einen Bestreben geleitet ist, seine Unabhängigkeit von jeder Regierung, wie immer sie beschaffen sei, in vollem Umfange sicherzustellen.“

Die Göttin des Dritten Reiches. Bei einer Rede in Darmstadt sagte Hitler: „Die Göttin der Not ist im Leben eines Volkes eine bessere Erzieherin als die Göttin des Glücks.“ Dabei hat Hitler sicher an sich selbst gedacht. Für seine Person hat er ja die soziale Frage gelöst. Aus der Not der Massen hat er Tausende und aber Tausende gezogen, um schließlich eine Pfründe als pensionsberechtigter Parteibuchregierungsrat zu ergattern. — Die Not der anderen, ja, die war sein Glück. Wenn er sich aber schon so gut auf Göttinnen versteht, so sollte er etwas von den Göttinnen der Freiheit und Gerechtigkeit gehört haben. Sie werden allerdings im Dritten Reich keinen Platz finden.

Gewerkschaftstelegramm an Hindenburg

Bei Redaktionsschluß wird uns folgendes Telegramm bekannt, das die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des AfA-Bundes am 29. August an den Reichspräsidenten sandten:

Reichspräsident von Hindenburg, Neudeck.

Erklärungen des Reichskanzlers in Münster über die Absichten der Reichsregierung bedeuten die tatsächliche Beseitigung des verfassungsmäßig garantierten Tarifrechtes und eine einseitige Bereicherung der Unternehmer auf Kosten der Arbeiter und Angestellten. Die Gewerkschaften appellieren an den Herrn Reichspräsidenten, einer solch beispiellos unsozialen Politik die Zustimmung zu versagen und die verfassungsmäßigen Rechte der Arbeiter und Angestellten zu schützen.

Politische u. wirtschaftl. Wochenschau

Das Sondergericht in Beuthen hat am 22. August die nationalsozialistischen Angeklagten Kottisch, Wollnitzer, Gräupner, Müller und Lachmann, die den Kommunisten Pietrzuch in seinem Bette ermordet haben, zum Tode verurteilt. Der Angeklagte Hoppe erhielt wegen Beihilfe zwei Jahre Zuchthaus.

Staatssekretär Dr. Trendelenburg vom Reichswirtschaftsministerium ist zurückgetreten, weil er die autarkischen Bestrebungen des Wirtschaftsministeriums nicht billigt. Sein Nachfolger ist der Generaldirektor der Landeskreditkasse, Schwarzkopf, in Kassel.

Die Industrieführer Krupp v. Bohlen und Halbach, Geheimrat Bosch und v. Siemens wurden am 25. August vom Reichskanzler v. Papen zur Besprechung des Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung empfangen.

Der frühere Reichstagsabgeordnete Reinhart Mumm, der Schwiegersonn des Hofpredigers Stöcker und Gründer der Christlich-Sozialen Partei, ist am 24. August gestorben.

Nazi-Regierung in Thüringen. Am 26. August wählte der Thüringische Landtag die neue Regierung. Es wurden gewählt: Der Gauleiter der Nationalsozialisten für Thüringen Abg. Sauckel als Innenminister, Abg. Wächtler (Natzoz.), Volksschullehrer, als Volksbildungsminister, Abg. Marschler (Natzoz.), Handlungsgehilfe, als Finanz- und Wirtschafts-

**Ein wenig
Lebensgenuss
brauchen Sie - auch heute!
Gönnen Sie sich eine
GEG-Zigarillo!
Immer genußreich, gehaltvoll,
pikant. Schon von 5 Pfg. an
in Ihrem
Konsumverein!**

minister. Als Staatsräte wurden gewählt: Abg. Dr. Weber (Natzoz.), Landgerichtsrat in Weimar, der ehrenamtlich das Justizministerium verwalten soll; Abg. Junghans (Natzoz.), Landwirt; Amtsgerichtsrat Dr. Meister (Natzoz.) und der Hauptgeschäftsführer des Landbundes Mackeldei. Die Wahl erfolgte mit den Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Landbündler. Der Volksparteiler Witzmann enthielt sich der Stimme. Sozialdemokraten und Staatspartei stimmten dagegen. Die Kommunisten fehlten, weil sie ausgeschlossen sind.

Die Zahl der von den Arbeitsämtern geführten Arbeitslosen betrug am 15. August 5 383 000. Das entspricht einem Rückgang gegenüber dem 1. August um 10 000. Zu berücksichtigen ist aber, daß die Zahlen der Arbeitsämter jetzt nicht mehr objektiv sind, da viele Arbeitslose durch die Einführung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bei den Arbeitsämtern nicht mehr erscheinen.

Im spanischen Parlament wurde am 19. August eine Vorlage angenommen, in der über den Grundbesitz der am monarchischen Putsch direkt oder indirekt beteiligten Personen die Konfiskation verhängt wird. Die auf Grund dieses Gesetzes enteigneten landwirtschaftlichen Güter sollen ausschließlich Zwecken der Agrarreform zugeführt werden.

In Madrid hat das Große Kriegsgericht die Anführer der Meuterei von Sevilla, General Sanjurjo wegen Hochverrats zum Tode, General Garcia del Arranz zu lebenslänglichem Zuchthaus und Oberst Esteban Infantis zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt. Das Todesurteil gegen Sanjurjo wurde in lebenslängliche Kerkerstrafe umgewandelt.

Franz Harper:

Der Herzog von Sindelfing

Roman

Ein Dichter und ein Oberkellner, der noch an ein wenig Phantasie glaubt, vereinigen sich in dem Gedanken, Herzog und Kammerdiener zu werden, um einen Roman zu erleben, der aber nicht erst geschrieben werden braucht, weil der Roman endet, ehe der geplante Roman beginnt.

Werner Scheff:

Im Tal des Schweigens

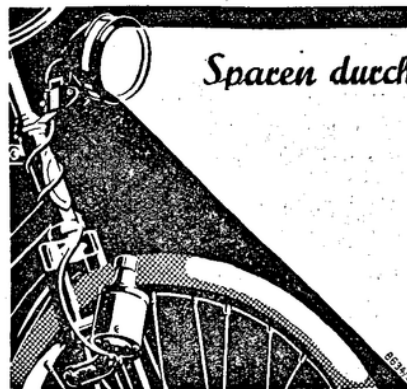
Ein neuer Jules-Verne-Roman

Vergriffen

und nicht mehr lieferbar!

Alle angezeigten Bücher liefert die

**Verlagsanstalt „Courier“ GmbH.
BERLIN SO 16, Michaelkirchplatz 4**



Sparen durch Elektrizität!

Auch Sie sollten Ihr Rad durch Anbringung des elektrischen BOSCH-Radlichts verschönern und zugleich laufende Betriebsstoffkosten ersparen. Es bedarf keiner Pflege und Wartung, es braucht keinen Betriebsstoff und bereitet keinen Ärger. Sie drücken auf den Knopf und haben sofort ein helles, weit reichendes Licht, gleich, ob Sie schnell oder langsam fahren. Standlicht erzeugt beim Trommelscheinwerfer eine einfache Taschenbatterie. Für RM. 12,50 (ohne Batterie) erhalten Sie bei jedem guten Händler das praktische Radlicht von

BOSCH

Lest den
Volksfunk!

ESU - Stahl- u. Holz- Kinderbett, Polster, Chaiselong, an jeden Teils. Katal. 295 frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Schlafzimmer- Stahlmattressen

ALLES BILLIGER!
Westfalia Werkzeug Co.
Hagen 101 i. W.
Werkzeugliste gratis

Verlagsanstalt „Courier“ GmbH, des Gesamt-Verbandes, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 4. Verantwortlicher Redakteur Emil Dittmer, Berlin

Druck: Dormwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3

Anzeigenverwaltung: „Werba“ GmbH, Berlin SW 11, Stresemannstr. 48. Telefon: Bergmann 5 5, 8080-8085. Verantwortlich für Anzeigen Paul Lange, Berlin SW 11